



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Seit einigen Wochen bin ich nun in Brüssel. Mit den Kolleginnen und Kollegen hier habe ich die verschiedenen Aspekte des FES-Projekts Brüssel besprochen. Die Instrumente sind Euch ja bekannt: Arbeitsaufenthalte – ein anerkanntes Markenzeichen der FES-Brüssel seit langer Zeit –, Informationsseminare, Workshops und Konferenzen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Kontinenten. Die Maßnahmen für Deutsche sind dabei von besonderem Interesse.

Auffallend war für mich die Themenvielfalt unserer Maßnahmen, die sich natürlich aus der Politik der Europäischen Union ergibt. Andererseits tauchen aber in unserer gemeinsamen Arbeit oftmals wieder ähnliche Themen auf.

Deshalb möchte ich zukünftig etwas ausführlicher zu unserer Meinung nach aktuellen Themen aus Brüssel informieren. Vielleicht ergeben sich daraus neue Anregungen, die wir dann für unsere gemeinsamen Maßnahmen aufgreifen können. Möglicherweise sind diese Informationen aber auch für Eure direkte Projektarbeit vor Ort von Interesse.

Natürlich greifen wir auch Anregungen für Themen auf, die von einem besonderen Interesse für Eure Länder und Regionen sind.

Unser „Thema aus Brüssel“ werden wir Euch in unregelmäßigen Abständen per Email zusenden. Es ist nicht beabsichtigt, Eure Mailbox zu überlasten!

Das erste „Thema aus Brüssel“ befasst sich mit der Einwanderungspolitik in die Europäische Union und Möglichkeiten einer effektiven Koordinierung auf europäischer Ebene.

Gespannt bin ich auf Eure Reaktionen, Anregungen und Kritik.

Mit den besten Grüßen aus Brüssel

Ernst STETTER

Brüssel
im September 2003



Vergemeinschaftung der europäischen Einwanderungspolitik:
Fortschritt in Sicht oder fauler Kompromiss?

Die Debatte um eine **Europäische Verfassung** hat in den vergangenen Monaten u.a. das Thema *Vergemeinschaftung der Einwanderungspolitik* wieder verstärkt auf die Agenda gebracht. So schien der vom *Konvent* ausgearbeitete *Verfassungsentwurf vom 18.7.2003* einen wesentlichen Fortschritt zu beinhalten: Für Entscheidungen in der Einwanderungspolitik soll künftig das Mehrheitsvotum gelten, das bisher den geltende *Einstimmigkeitsprinzip* und das Vetorecht jedes einzelnen EU-Mitgliedstaats fielen damit weg.

Diese geradezu als historisch zu bezeichnende Stoßrichtung wird jedoch durch einen zusätzlichen Paragraphen wieder relativiert: das Recht der Mitgliedstaaten, über das Maß des Zugangs von Menschen aus Drittländern zu ihren Arbeitsmärkten zu entscheiden, darf nicht von anderen Regelungen der zukünftigen Verfassung berührt werden. Die Einschränkung kommt der deutschen Bundesregierung entgegen, die darauf bestanden hatte, bei zentralen Punkten der Einwanderungspolitik weiterhin die nationale Kontrolle zu bewahren.

Angesichts dieses eher „faulen Kompromisses“ im Verfassungsentwurf machte die italienische Regierung, die derzeit den *EU-Vorsitz* innehat, jüngst einen weiteren Vorstoß in Richtung Koordinierung von Einwanderung auf europäischer Ebene: es sollen von jedem EU-Mitgliedstaat unter Berücksichtigung des nationalen Arbeitsmarktbedarfs frei festgelegte Quoten zusammengefasst werden, um eine europäische Richtzahl zu haben.

Diese könnte als Gegengewicht bei der Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern dienen, insbesondere hinsichtlich der Rückübernahme illegaler Zuwanderer. Die **Idee eines europäischen Quotensystems** findet die Unterstützung der *EU-Kommission und des europäischen Parlaments*, die darin ein „bestmögliches politisches Instrument“ gegenüber den Drittstaaten sehen und betonten, dass sie die Quoten nicht vorschreiben, sondern lediglich die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene koordinieren würden.

Die EU-Mitgliedstaaten reagieren jedoch sehr unterschiedlich auf den italienischen Vorschlag: Frankreich und Spanien unterstützen die Idee, Finnland und Belgien sind strikt dagegen, Deutschland zeigte sich sehr zurückhaltend: nach Ansicht des deutschen Innenministers Schily muss die legale Einwanderung in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bleiben, da es zu viele Unterschiede auf den Arbeitsmärkten gebe. Deutschland wolle seine „green-card“-System nach US-Vorbild halten und sich nicht durch ein striktes EU-Abkommen binden lassen.

Der italienische Vorschlag ist insofern lobenswert, als er bewirkt, dass die EU-Mitgliedstaaten zum ersten Mal gemeinsam das Thema Steuerung legaler Einwanderung und Bekämpfung illegaler Einwanderung ohne Tabus angehen.

**Kursiv Geschriebenes wird im Glossar erläutert*

**Kompromiss in Sachen
Zuwanderung versus
europäisches Quotensystem**

**Schily will „Green-Card“-
System beibehalten**



Anteil (%) der in der EU wohnenden EU-Ausländer nach Staatsangehörigkeit (im Jahr 2000)

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	EU
<i>Frauen</i>																
MO Europa und Ex-UdSSR	11.8	27.5	37.5	82.3	7.2	8.0	16.2	26.9	52.1	12.2	66.4	5.5	71.3	37.9	8.6	27.1
Türkei, Malta, Zypern	19.8	13.9	40.4	7.0	0.2	8.0	10.5	0.1	0.9	27.4	21.1	0.0	1.4	3.9	2.8	21.8
Übriges Europa	0.5	13.2	1.2	0.4	1.8	1.0	0.0	0.6	4.6	2.3	0.9	0.0	3.5	12.8	1.6	1.6
Afrika	48.7	10.8	3.3	1.7	32.9	67.7	0.0	28.3	13.6	27.9	1.0	70.3	6.1	8.0	18.1	22.1
Andere	19.2	34.5	17.6	8.5	57.9	15.3	73.3	44.1	28.8	30.1	10.5	24.2	17.1	37.5	68.9	27.4
<i>Männer</i>																
MO Europa und Ex-UdSSR	7.7	26.8	31.7	81.0	9.9	6.6	26.8	23.3	56.4	7.4	63.7	6.8	59.1	28.3	6.7	23.9
Türkei, Malta, Zypern	17.5	11.7	44.5	2.9	0.2	8.9	3.5	0.5	0.0	31.0	23.3	0.0	6.2	7.2	5.4	25.3
Übriges Europa	0.8	15.6	0.8	0.1	0.3	0.8	0.0	0.8	4.3	2.0	1.2	0.4	0.9	13.4	1.1	1.3
Afrika	57.1	6.5	5.8	4.6	43.0	69.5	0.0	40.5	13.7	34.5	1.7	70.0	13.5	7.9	18.1	24.3
Andere	16.9	39.3	17.2	11.4	46.6	14.0	67.7	34.9	25.6	25.1	10.3	22.9	20.2	43.2	68.7	25.2

Quelle: Eurostat (Statistiken im Fokus – Thema 3 – 2/2003)

Einwanderung: Chance angesichts einer alternden EU-Bevölkerung ?

Aus Sicht der Zielländer wird Einwanderung oft als Bedrohung für die kulturelle Identität und innere Sicherheit empfunden. Angesichts der sozio-ökonomischen Entwicklung in den EU-Mitgliedstaaten setzt sich jedoch immer mehr die Erkenntnis durch, dass **gezielte Einwanderung** notwendig und wünschenswert ist.

Es ist absehbar, dass die arbeitsfähige Bevölkerung der EU25 bis zum Jahre 2050 aufgrund der rückläufigen Geburtenrate um ca. 19 Millionen Menschen abnehmen wird. Gleichzeitig steigt der Anteil der älteren, nicht arbeitsfähigen Menschen aufgrund von Frühverrentung, reduzierter Wochenarbeitszeit und erhöhter Lebenserwartung. Eine solche Bevölkerungsentwicklung hat katastrophale Folgen für die Finanzierung der Sozialsysteme in den EU-Mitgliedstaaten: Während im Jahre

2000 das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern 4:1 betrug, werden im Jahre 2050 zwei Beschäftigte einen Rentner versorgen (2:1). Mit dem Beitritt der 10 neuen Mitgliedstaaten in 2004, d.h. von 100 Millionen Menschen, zur EU wird sich der relative Bevölkerungstrend sogar verschärfen, da diese Länder ähnlichen oder stärkeren strukturellen Problemen unterliegen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die EU gesteuerte Einwanderung braucht, um das Produktions- und Beschäftigungsniveau, das Funktionieren der Sozialsysteme und damit ihre hervorragende Weltgeltung zu wahren. Die positive Effekte von Migration, zeigt das Beispiel der USA: Zuwanderung wird als einer der Gründe für den lang anhaltenden US-Wirtschaftsboom in den 90er Jahren angesehen.

- in 2002 kamen ca.1 Million Einwanderer in die EU
- traditionelle Auswanderungsländer wie Irland werden zum Einwanderungsland
- rückläufige Geburtenrate (1,47 pro Frau/Bedarf:2,1)
- Anteil der Rentner wird sich bis 2030 auf 40% erhöhen

USA als Beispiel für die EU ?



Herausforderungen an eine gezielte EU-Einwanderungspolitik

Einwanderung ist selbstverständlich nur ein Mittel gegen die Überalterung der europäischen Gesellschaften. Langfristig lassen sich die negativen Auswirkungen der demographischen Entwicklungen nur durch eine gezielte Politik zur Unterstützung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf, einer besseren Integration von älteren Menschen in den Arbeitsmarkt sowie durch eine koordinierte EU-Sozial- und Beschäftigungspolitik abwenden.

Die EU-Mitgliedsländer müssen daher zunächst ihre bereits vorhandenen Humanressourcen mobilisieren. Dazu gehören auch die in der EU ansässigen zugewanderten Arbeitskräfte. Derzeit wird das vorhandene Potential der Migranten nicht ausgeschöpft: Die Beschäftigungsquote der legal ansässigen EU-Ausländer ist mit 52,7% deutlich geringer als die der EU-Bürger mit 64,4%, was die Belastung der sozialen Systeme erhöht. Dies gilt besonders für Frauen und gering qualifizierte Arbeiter.

Maximiert werden könnten die positiven Effekte von Migration durch eine gesteuerte Einwanderungspolitik,

die auf der **Analyse des derzeitigen und zukünftigen Arbeitskräftebedarf** in der EU beruht und **Beratungen mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmersvertretern** einschließt, d.h. es müssen vornehmlich regionale und Qualifizierungsengpässe gedeckt werden. Gefragt sind insbesondere Experten in der IT-Branche sowie Arbeiter in personalintensiven Sektoren wie Freizeit, Gesundheits- und Pflegewesen, Bauindustrie.

Auch spielt die **Integration** der Einwanderer in die Gesellschaft (erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt durch Aufbau von Sprachkompetenz und Ausbildung und) sowie Maßnahmen zur **Bekämpfung von Diskriminierung** eine wesentliche Rolle, um die Chancen von Zuwanderung positiv zu nutzen.

Fest steht, dass rechtmäßig aufgenommene Einwanderer einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der **Ziele von Lissabon** leisten können, die bei der EU-Ratstagung in Lissabon im Juni 2001 festgelegt wurden.

Analyse des derzeitigen und zukünftigen Bedarfs an Arbeitskräften

Konsultation mit Arbeitsgeber- und Arbeitnehmerseite

Integration von Zuwanderern in die Gesellschaft

Lissabon Strategie:
„die Union im nächsten Jahrzehnt zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der in der Lage ist, ein dauerhaftes Wachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“

**Verantwortung der Europäischen Union (EU)**

Einwanderung in Europa ist zu einem ein Phänomen geworden, dem auf nationalstaatlicher Ebene schon lange nicht mehr effektiv zu begegnen ist. Zu dieser Erkenntnis sind die EU-Mitgliedstaaten bereits Mitte der 90er Jahre im Zuge der Verwirklichung des Binnenmarktes und dem Abbau der Binnengrenzen (*Schengen Abkommen*) gekommen. Mit dem *Vertrag von Amsterdam* (in Kraft seit 1.5.1999) wurden der EU Kompetenzen in diesem Bereich übertragen, insbesondere in *Art. 63*, wenngleich auch unter Beibehaltung der *zwischenstaatlichen Methode*. Während des Gipfeltreffens der EU-Staats- und Regierungschefs im Oktober 1999 im finnischen *Tampere* wurden die 4 Bereiche festgelegt, auf deren Grundlage eine gemeinsame

EU-Asyl- und Einwanderungspolitik bis zum Jahre 2004 entwickelt werden soll:

- 1) Partnerschaft mit den Herkunftsländern
- 2) Schrittweise Schaffung eines EU-Asylsystems
- 3) Gerechte Behandlung der Drittstaatsangehörigen
- 4) Effiziente Steuerung von Migrantenströmen

Es bleibt also zu hoffen, dass im Laufe der Debatte um eine Europäische Verfassung doch noch die Chance genutzt wird, einen wesentlichen Fortschritt in Richtung effizienter Steuerung von Migrantenströmen auf europäischer Ebene (4. Bereich) zu erreichen.

Das Büro Brüssel hat für Euch zu diesem Thema mehrere Quellen erschlossen und würden sich sehr über Rückmeldungen freuen.



NÜTZLICHE LINKS

ONLINE PUBLIKATIONEN

Europäische Kommission: Mitteilung über Einwanderung, Integration und Beschäftigung

Detaillierte Vorschläge zur Entwicklung von Zuwanderungs-, Integrations- und Beschäftigungsmaßnahmen für die Erreichung der Ziele von Lissabon.

http://europa.eu.int/eur-lex/pri/de/dpi/cnc/doc/2003/com2003_0336de01.doc

Rainer Münz: Geregelte Zuwanderung: Eine Zukunftsfrage für Deutschland in: Das Parlament 02/2001

Europas Wandel vom Auswanderer- zum Einwanderkontinent.

<http://www.das-parlament.de/2001/43/beilage/002p.pdf>

Klaus J. Bade: Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Ende des 20. Jahrhunderts, in Zuwanderung und Asyl Band 8, 2001

Ein Plädoyer für eine gemeinsame europäische Migrationspolitik.

http://www.bafli.de/template/publikationen/asylpraxis_pdf/asylpraxis_band_8_teil_02.pdf

Prof. Dr. Dr. Bert Rürup; PD Dr. Werner Sesselmeier: Demographische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Rolle von Zuwanderern im Rahmen eines beschäftigungspolitischen Strategiebündels, in Zuwanderung und Asyl Band 8, 2001

http://www.bafli.de/template/publikationen/asylpraxis_pdf/asylpraxis_band_8_teil_08.pdf

Piyasiri Wickramasekara, Policy responses to skilled migration: Retention, return, circulation, in International Migration Paper (IMP) 2003

Auswirkungen und Umgang mit dem sogenannten "Brain Drain."

<http://www.ilo.org/public/english/protection/migrant/download/pom/pom5e.pdf>

Christian Dustman, Francesca Fabbri, Ian Preston, Jonathan Wadsworth: The local labour market effects of immigration in the UK, in Home Office Online Report 06/03

Empirische Untersuchung der Effekte von Einwanderung auf den nationalen Arbeitsmarkt

<http://www.homeoffice.gov.uk/rds/pdfs2/rdsolr0603.pdf>

PRESSESCHAU

The Guardian-Dossier: Refugees in Britain

In einem ausführlichen Dossier hat der Guardian Berichte über die Situation von Flüchtlingen in Großbritannien und in anderen europäischen Staaten gesammelt

http://www.guardian.co.uk/Refugees_in_Britain/Story/0,2763,1027950,00.html

Informationsdienst zu Aktuellen Fragen der Ausländerarbeit in Deutschland (AiD, Ausländer in Deutschland)

In einer gesonderten Rubrik wird in dieser vierteljährlich erscheinenden online Ausgabe den europolitischen Aspekten des Phänomens Zuwanderung Rechnung getragen.

<http://www.isoplan.de/aid/2003-1/europa.htm>

Spiegel Online-Dossier: Raum Ohne Volk. Ausländer in Deutschland

Der Spiegel fasst verschiedene Artikel zum Thema in einem ständig aktualisierten Online-Dossier zusammen

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,127462,00.htm>

**Die Zeit Online-Dossier: Land ohne Leute**

Über Bevölkerungsschwund und neue Verteilungskämpfe

http://www.zeit.de/2001/20/Politik/200120_entvoelkerung.html

Nicholas Bell schreibt in der TAZ über illegale Arbeit in der europäischen Landwirtschaft

<http://www.taz.de/pt/2003/04/11.nf/mondeText.artikel,a0067.idx,20>

Jacques Decornoy schreibt in Le Monde diplomatique über eine von Migration geprägte Welt

<http://monde-diplomatique.de/mtp/1996/02/16/a0451.stext?Name=askfEhOBP&idx=60>

NGOs und Think Tanks**Migration Policy Group**

Die in Brüssel ansässige **MPG** kümmert sich insbesondere um die Anti-Diskriminierungsgesetzgebung auf europäischer Ebene.

<http://www.migpolgroup.com/>

Netzwerk Migration in Europa

Das Netzwerk engagiert sich für die verstärkte Repräsentation von Migration in Gesellschaft, Öffentlichkeit und Kultur

<http://www.network-migration.org>

Migrants Rights International

MRI hat Berater Status bei den Vereinten Nationen und arbeitet an der weltweiten Absicherung von Rechten von Migranten.

<http://www.migrantwatch.org>

The International Catholic Migration Commission

ICMC kümmert sich um Flüchtlinge und Vertriebene und hilft bei der Rückkehr oder bei der Integration im Zufluchtsland

<http://www.icmc.net>

European Network Against Racism

Ziel von **ENAR** ist die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sowie die Förderung der Gleichbehandlung und die Verbindung von lokalen bzw. nationalen mit europäischen Initiativen.

<http://www.enar-eu.org>

Demographie**Statistisches Bundesamt**

http://www.destatis.de/themen/d/thm_bevoelk.htm

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

<http://www.bib-demographie.de/index2.html>

UNO-Abteilung für Bevölkerungsfragen

<http://www.un.org/esa/population/unpop.htm>

Eurostat, statistischer Informationsdienst der EU

<http://europa.eu.int/comm/eurostat/>



Glossar

Vergemeinschaftung / Gemeinschaftsmethode

Als Gemeinschaftsmethode wird die institutionelle Funktionsweise des ersten Pfeilers der Europäischen Union bezeichnet. Sie ist integrationsorientiert - wobei das Subsidiaritätsprinzip gewahrt bleibt

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/q4000g.htm>

Europäische Verfassung / Verfassungsentwurf

Die erweiterte EU braucht grundlegende Anpassung an die größere Zahl seiner Mitglieder. Der vom Konvent erarbeitete Entwurf einer europäischen Verfassung soll das Fundament eines künftigen Vertrags zwischen allen Beteiligten darstellen.

<http://european-convention.eu.int/bienvenue.asp?lang=DE>

Einstimmigkeitsprinzip

Die Einstimmigkeit bezeichnet ein Abstimmungsverfahren, bei dem ein Beschluss im Rat, dem Entscheidungsorgan der EU, nur dann zustande kommt, wenn ein Konsens aller im Rat vereinigten Mitgliedstaaten der EU vorliegt. Stimmt ein EU-Land dagegen (Vetorecht), kommt der Beschluß nicht zustande.

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/q4000e.htm>

EU-Vorsitz

Der Vorsitz der Union wechselt turnusmäßig alle sechs Monate. Die Wahrnehmung des Vorsitzes ist obligatorisch. Die Mitgliedstaaten leisten so ihren Beitrag zum reibungslosen Funktionieren der Gemeinschaftsorgane. Bei dem derzeitigen Rhythmus hat ein Mitgliedstaat alle siebeneinhalb Jahre den Vorsitz im Rat.

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/q4000v.htm>

Europäische Kommission

Die Europäische Kommission ist mit Initiativ-, Durchführungs-, Management- und Kontrollbefugnissen ausgestattet. Sie ist die Hüterin der Verträge und verkörpert das Gemeinschaftsinteresse.

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/q4000e.htm>

Europäisches Parlament

In dem seit 1979 in allgemeiner und direkter Wahl gewählten Europäischen Parlament haben die Vertreter der 370 Millionen EU-Bürger Sitz und Stimme. Die Verteilung der derzeit 626 Abgeordneten auf die Mitgliedstaaten richtet sich nach der jeweiligen Bevölkerungszahl.

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/q4000e.htm#e23>

Strategie von Lissabon (Schlussfolgerungen des Rates von Lissabon)

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer sind am 23.-24. März 2000 in Lissabon zu einer Sondertagung zusammengetreten (Europäischer Rat von Lissabon), in dessen Rahmen Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt als Bestandteil einer wissensbasierten Wirtschaft betont wurden.

http://www.europarl.eu.int/summits/lis1_de.htm

Schengen (Abkommen und Übereinkommen)

Das Schengener Abkommen wurde am 14. Juni 1985 von Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden in Schengen (Luxemburg) unterzeichnet. Ziel: Beseitigung der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen und eine Einführung einer Regelung für den freien Personenverkehr aller Staatsangehörigen der Unterzeichnerstaaten, der anderen Staaten der Gemeinschaft oder von Drittländern.

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/q4000s.htm>



**Vertrag von Amsterdam / Amsterdamer Vertrag**

Der Amsterdamer Vertrag, in Kraft seit dem 1.5.1999, hat eine erhöhte Handlungsfähigkeit der EU in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit (Innen- und Justizpolitik = sogenannte 2. Säule der EU) ermöglicht. Neue Kompetenzen in der Innen- und Rechtspolitik stärken den Kampf gegen das organisierte Verbrechen und legen die Grundlagen für eine gemeinsame Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik. Leider waren die EU-Mitgliedstaaten nicht bereit, diese Bereiche zu vergemeinschaften, d.h. nach dem Prinzip des Mehrheitsvotums zu beschliessen, sondern beharrten auf Beibehaltung der zwischenstaatlichen Kooperation und des Einstimmigkeitsprinzips. Bis 2004 soll der 2. Pfeiler jedoch vergemeinschaftet werden.

http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/vertiefung/amsterdam/amst_was.html

Europäischer Rat von Tampere

Unter finnischer EU-Ratspräsidentschaft sind die EU-Staats- und Regierungschefs am 15. und 16. Oktober 1999 in Tampere / Finnland zu einer Sondertagung über die Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der Europäischen Union zusammengetreten.

http://www.europarl.eu.int/summits/tam_de.htm